



---

**Ausschussdrucksache 20(9)360**

(8. April 2024)

---

**Thomas König**  
**Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK)**  
**10178 Berlin**

**Stellungnahme**

**Öffentliche Anhörung**

**zum**

Antrag der Fraktion der CDU/CSU  
**Einsetzung einer Kommission zur Überprüfung der sicherheitsrelevanten  
Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und China**

**BT-Drucksache 20/9323**

**am 10. April 2024**

---

## Deutsche Industrie- und Handelskammer

### Stellungnahme

---

#### **Überprüfung der sicherheitsrelevanten Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und China**

Die DIHK bedankt sich für die Gelegenheit zur Stellungnahme zur Überprüfung der sicherheitsrelevanten Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und China. Es ist ein Anliegen der deutschen Wirtschaft, die Arbeit des Wirtschaftsausschusses des Bundestags inhaltlich zu unterstützen.

#### **Das Wichtigste in Kürze**

Deutschland und China unterhalten intensive wirtschaftliche Beziehungen. Im Jahr 2023 wurden laut Statistischem Bundesamt Waren im Wert von 254,1 Milliarden Euro zwischen Deutschland und der Volksrepublik China gehandelt (Exporte und Importe). Damit war die Volksrepublik China im Jahr 2023 zum achten Mal in Folge Deutschlands wichtigster Handelspartner. Geschäftlich erfolgreich in China zu sein, bedeutet dabei nicht zuletzt auch eine starke Stellung im Weltmarkt.

Die DIHK unterstützt die im Juni und Juli 2023 veröffentlichte China-Strategie und Nationale Sicherheitsstrategie der Bundesregierung grundsätzlich und begreift sie als Schlüsseldokuments zur Neujustierung der deutsch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen.

Es geht jetzt um die Umsetzung dieser Strategien, weswegen eine weitere Prüfkommision aus Sicht der DIHK nur zusätzliche, bürokratische Belastungen ohne nennenswerten Mehrwert für den unternehmerischen Alltag darstellen würde.

Nicht zuletzt seit dem Angriffskrieg Russlands in der Ukraine werden die Wirtschaftsbeziehungen zu China verstärkt in ihrer sicherheitsrelevanten Dimension analysiert. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf kritischen Abhängigkeiten bei Rohstoffen und Vorprodukten, der Resilienz von Lieferketten, dem Eindruck der zunehmenden Einflussnahme Chinas in Europa und den Gefahren des ungewollten Technologietransfers.

Die DIHK plädiert vor diesem Hintergrund für:

- Entscheidungen über die Ausgestaltung von Lieferketten – also über Lieferanten oder neue Betriebsniederlassungen – müssen unternehmerische Entscheidungen bleiben. Die DIHK teilt das Ziel, nachhaltiges und verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln in globalen Wertschöpfungsketten zu fördern; sowohl das deutsche Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) als auch das EU-Lieferkettengesetz, die Corporate Sustainability Due Diligence Directive (CSDDD) konfrontieren aber die deutsche Wirtschaft mit Rechtsunsicherheit, erhöhter Bürokratie und kaum kalkulierbaren Umsetzungsrisiken.
- die Identifikation strategischer Abhängigkeiten (z.B. bei Rohstoffen oder wichtigen Vorprodukten) und die Schaffung von Anreizen für den Auf- und Ausbau von Förderungs-, Verarbeitungs- und Veredelungskapazitäten bei strategisch wichtigen Rohstoffen.
- eine klare Definition von nationalen Sicherheitsrisiken in den Wirtschaftsbeziehungen. Die Bereiche, in denen tatsächliche Bedrohungen für die nationale Sicherheit und öffentliche Ordnung bestehen, sollten möglichst klar definiert werden, damit sich die Betriebe bei ihren Geschäftstätigkeiten auch danach daran ausrichten können. Die stetige Ausweitung des nationalen Sicherheitsbegriffs auf immer mehr Bereiche wirtschaftlicher Aktivitäten ist ein globales Phänomen, das insbesondere von den USA und China vorangetrieben wird. Deutschland sollte diesem Trend durch den Einsatz für möglichst klare, eng definierten und EU-weit einheitliche Regeln bei Investitionsprüfungen, dem Schutz kritischer Infrastrukturen und in der Exportkontrolle entgegenwirken.
- eine Entlastung deutscher Unternehmen, indem man Überkapazitäten aus dem asiatischen Raum und dabei insbesondere China eindämmt und sich für die Einhaltung von Produktsicherheits-, Sozial- und Umweltstandards einsetzt. Durch Direktvertriebsmodelle (insbesondere auch aus China) wird der europäische Binnenmarkt mit beinahe einer Milliarde Kleinwarensendungen pro Jahr überschwemmt. Das passiert zu unfairen Preisen, da die Produktion stark staatlich subventioniert wird und es so möglich ist zu Dumpingpreisen herzustellen. Die EU schätzt, dass zudem gut 65% der Sendungen ungedeclariert werden. Die im Rahmen der EU-Zollreform geplante Verbesserung der Sicherheits- und Risikoanalyse durch eine stärkere Verzahnung der Behörden sowie eine strenger definierte Haftungsübertragung auf Plattformen kann hierfür wichtige Verbesserungen bringen.
- den Ausbau der wirtschaftlichen Resilienz und der Diversifizierung, die aber nicht mit einer Abwendung von China einhergeht; stattdessen sollten neue zusätzliche Beschaffungs- oder Absatzmärkte identifiziert oder bereits bestehende ausgebaut werden – das bedingt aber eine klare Flankierung durch die Bundesregierung, etwa durch den Einsatz für den Abschluss der Verhandlungen für EU-Handelsabkommen insbesondere mit

MERCOSUR, aber auch Indien, Indonesien, Thailand, Malaysia, Australien und den Philippinen.

- eine Flankierung deutscher Unternehmen in ihrem China-Geschäft durch die Bundesregierung, vor allem durch persönliche Treffen vor Ort in China, um Marktzugangshürden abzubauen und für ein Level-Playing Field einzutreten – Reziprozität als Leitmotiv für die zukunftsfähigen deutsch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen.
- Ein dezidierter Bürokratieabbau und die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland, um die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland und im EU-Binnenmarkt zu verbessern sowie technologische und digitale Souveränität zu fördern.
- die Schließung der Lücken in den Regeln der Welthandelsorganisation für Industriesubventionen, insbesondere für Staatsbetriebe, um ein Level Playing-Field für deutsche Unternehmen gegen unfaires Dumping herzustellen.
- Eine stärkere strategische Ausrichtung der EU, auch über die Strategie zur wirtschaftlichen Sicherheit hinaus. Hierbei sollte die wirtschaftliche Offenheit zentrale Stelle einnehmen.

## **Inhaltliche Ausführungen**

### *Übersicht über unser Netzwerk*

Das IHK-/DIHK-/AHK-Netzwerk verfügt über 11 Standorte in Festlandchina mit hunderten Mitarbeitern und 2.700 Mitgliedern inklusive Hongkong. Dieses Netzwerks und regelmäßig erscheinenden Umfragen sorgen für aussagekräftige Daten über die Lage der deutschen Unternehmen in China.

Rund 5.200 deutsche Unternehmen sind insgesamt in China aktiv. Knapp 90% der in China aktiven deutschen Unternehmen produzieren für den chinesischen Markt. Diese Unternehmen verantworten 1,1 Mio. Jobs. Etwa die Hälfte dieser Unternehmen sind im Raum Shanghai angesiedelt, etwa 18 % im Nordosten, Raum Peking und 13 % jeweils im Süden und Südwesten.

### *Kurzbewertung derzeitiger Lage*

Die EU-Bewertung Chinas im Dreiklang als Partner, wirtschaftlicher Wettbewerber und systemischer Rivale ist mittlerweile Konsens auch in der deutschen Wirtschaft.

Die Zeitenwende seit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine bedeutet für die Außenwirtschaft eine stärkere Diversifizierung und eine Reduzierung einseitiger Abhängigkeiten. Deutsche Unternehmen stellen sich strategisch auf die veränderte Lage ein, bewerten die Risiken ihres

China-Geschäfts und stärken die Resilienz ihrer Lieferketten durch Diversifizierung und andere Maßnahmen. Allerdings ist eine Abkopplung oder Abwendung von China weder wirtschaftlich sinnvoll noch realistisch.

Gleichzeitig wird das Marktumfeld in China für die deutsche Wirtschaft zunehmend kompetitiver; neben den bestehenden, wettbewerbsverzerrenden staatlichen Subventionen für chinesische Unternehmen, sehen ausländische Unternehmen sich als Folge der chinesischen Industriepolitik in unterschiedlichem Maße zahlreichen Diskriminierungen und Einschränkungen ausgesetzt. Diese reichen von Investitionsverboten, Joint-Venture-Auflagen und Lokalisierungsanforderungen über erzwungenen Technologietransfer bis zum Ausschluss von öffentlichen Ausschreibungen.

### *Sicherheitsrelevante Themen als Katalysator für die Stärkung des Standorts Deutschland*

Die China-Strategie der Bundesregierung erschien zu einem Zeitpunkt zahlreicher wirtschaftspolitischer Friktionspunkte – sei es die oben erwähnte Rohstoffabhängigkeit, die schwer regulierbare Warenflut aus China, die Debatte über die Beteiligung am Hamburger Hafen durch COSCO oder Chinas mögliche Umgehung der Russland-Sanktionen.

Stellvertretend für die Notwendigkeit einer klaren Definition von sicherheitsrelevanten Entitäten ist zum Beispiel der Umgang mit der Beteiligung von COSCO am Hamburger Hafen: Im März 2024 beschloss das Kabinett eine nationale Hafenstrategie, die vorsieht, dass deutsche Häfen künftig teilweise als kritische Infrastrukturen eingestuft werden, was die Involvierung ausländischer Investoren weiteren Prüfmechanismen unterziehen könnte. Gleichzeitig sieht die Hafenstrategie keine gesonderte Finanzierung für die Hafenausgleichslast vor und trotz der Einstufung von Häfen als kritische Infrastruktur sind für die Finanzierung derzeit allein die Länder zuständig.

Ein zukunftsfähiger, wirtschaftsnaher Umgang mit China erfordert eine selbstbewusste Stärkung von Standortfaktoren in Deutschland. Anfang Januar stellte die DIHK die Ergebnisse ihrer alljährlichen Standort-Umfrage vor: Seit der ersten Erhebung im Jahr 2008 sind die Rahmenbedingungen für die industrielle Produktion noch nie so schlecht gewesen wie derzeit. Auf einer Schulnotenskale von 1 bis 6 bewerteten die Unternehmen die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung mit einer 4,8, mangelhaft. Eine Folge der verbesserungsbedürftigen Standortbedingungen in Deutschland ist, dass notwendige Investitionen der Unternehmen ausbleiben oder an anderen Standorten getätigt werden.

Dementsprechend muss man den Wirtschaftsstandort Deutschland stärken. Gleichzeitig darf man den fairen Wettbewerb mit China nicht scheuen – so kann zum Beispiel der anstehende Besuch von Bundeskanzler Scholz dafür genutzt werden, um mehr Reziprozität einzufordern,

Erleichterungen bei europäischen Investitionen in China einzufordern und eine weitere Kürzung der Negativliste<sup>1</sup> voranzutreiben.

### *Förderung von Diversifizierungsmaßnahmen*

Neben der dezidierten Förderung des Wirtschaftsstandorts Deutschland sollte auch ein Grundpfeiler der China-Strategie der Bundesregierung stärker flankiert werden: Aus Sicht der DIHK fehlt es der Strategie an klaren Maßnahmen und Instrumenten zur Flankierung der Diversifizierung. Denn ein „De-Risking“, also die Erschließung neuer alternativer Absatz-, Bezugs- oder Investitionsmärkte, bedeutet Kosten für die international aufgestellte deutsche Wirtschaft.

In der DIHK-Umfrage Going International vom Frühjahr 2023 unter rund 2.400 auslandsaktiven Unternehmen gibt ein Fünftel der Betriebe an, dass bessere Finanzierungsmöglichkeiten wie Exportkredit- oder Investitionsgarantien ihre Diversifizierungsbemühungen erleichtern würden. 70% der befragten Unternehmen wünschten sich stärkeren Einsatz für den Abbau von Handelshemmnissen. 51% wünschten sich ehrgeizige Handelsabkommen mit wichtigen Handelspartnern.

Zusammenfassend: Die bisherigen Impulse der China-Strategie vom Juli 2023 haben eine wichtige Grundlage für einen zukunftsfähigen Umgang mit China geliefert. Die Neujustierung des Umgangs mit China und die daraus resultierenden Analysen sollten aus wirtschaftspolitischer Sicht als Aufruf zur dezidierten Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und der Standortfaktoren Deutschlands ernst genommen werden. Gleichzeitig sprechen die Zahlen aus der deutschen Unternehmerschaft in China eine klare Sprache: China wird weiterhin ein wichtiger Absatzmarkt sein – umso wichtiger ist der offene, konstante Austausch der Regierungen beider Länder und die Flankierung der Petita der deutschen Wirtschaft in China.

Letztendlich kommt es auch bei der China-Strategie der Bundesregierung und den damit verbundenen strategischen Überlegungen auf die tatsächliche Umsetzung an. Die DIHK steht gemeinsam mit dem Kammernetz aus IHKs und AHKs der Bundesregierung dabei als Partner zur Seite.

Gemeinsames Ziel muss sein, die Umsetzung der China-Strategie nicht zuletzt an der unternehmerischen Realität auszurichten.

---

<sup>1</sup> China hat eine fortlaufende Negativliste von Industrien, in die man nicht investieren darf - ursprünglich 93 Industriezweige, momentan 31 Industrien. Zwar wird die Liste kürzer, aber dass man jetzt theoretisch in Schienenverkehr, Benzinhandel und Schiffbau in China investieren kann, hilft nicht viel, wenn chinesische Staatsunternehmen in diesen Bereichen ein klares Monopol haben und ausländische Investoren keine realistische Chance haben zu konkurrieren.

## **Ergänzende Informationen**

### **a. Ansprechpartner mit Kontaktdaten**

Thomas König, Referatsleiter China, Internationale Märkte, koenig.thomas@dihk.de, 004930-20308-2325

### **b. Beschreibung DIHK**

#### **Wer wir sind:**

Unter dem Dach der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) sind die 79 Industrie- und Handelskammern (IHKs) zusammengeschlossen. Unser gemeinsames Ziel: Beste Bedingungen für erfolgreiches Wirtschaften.

Auf Bundes- und Europaebene setzt sich die DIHK für die Interessen der gesamten gewerblichen Wirtschaft gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit ein. Denn mehrere Millionen Unternehmen aus Handel, Industrie und Dienstleistung sind gesetzliche Mitglieder einer IHK - vom Kiosk-Besitzer bis zum Dax-Konzern. So sind DIHK und IHKs eine Plattform für die vielfältigen Belange der Unternehmen. Diese bündeln wir in einem verfassten Verfahren auf gesetzlicher Grundlage zum Gesamtinteresse der gewerblichen Wirtschaft und tragen so zum wirtschaftspolitischen Meinungsbildungsprozess bei.

Grundlage unserer Stellungnahmen sind die wirtschaftspolitischen/europapolitischen Positionen und beschlossenen Positionspapiere der DIHK unter Berücksichtigung der der DIHK bis zur Abgabe der Stellungnahme zugegangenen Äußerungen der IHKs und ihrer Mitgliedsunternehmen.

Darüber hinaus koordiniert die DIHK das Netzwerk der 150 Auslandshandelskammern, Delegationen und Repräsentanzen der Deutschen Wirtschaft in 93 Ländern.